

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung.

Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Erscheint wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementpreis pro Monat 0.00 RM. frei ins Haus, einschließlich der Postgebühren. Die Frau und ihre Welt, Der bessere Mann, Die Reise und Erholung, Unterhaltungsbildung. Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.

Fernsprecher Nr. 27

Telegraphische Anzeiger



Anzeigen werden die sechsgepaltenen 8 mm hohe (Zeil-) Zeile aber deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entprechender Rabatt. Kleinanzeigen kosten pro Zeile 40 Pfg. Verbindlichkeit für Platz, Datenvorschrift und Bezahlung der Anzeigen. Annahmegerühr für Offerten und Anzeigen beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billiger berechnet. Zahlungen an Postkonten Frankfurt am Main Nr. 20771

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer

Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg

Nr. 12

Dienstag, den 26. Januar 1932

25. Jahrgang.

Abrüstung und Schuldlüge

Von

Dr. phil. h. c. Hans Draeger,

Geschäftsführender Vizepräsident des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände.

Die bevorstehende Abrüstungskonferenz hat eine doppelte Aufgabe. Einmal die sich aus der idealen Zielsetzung des Völkerbundes ergebende Herabsetzung der Rüstungen als eines Mittels zur Verhinderung von Kriegen für Deutschland, das an sich keinen Grund hat, jenem idealen Ziel nicht zuzustimmen, hat die Abrüstungskonferenz den besonderen Sinn, daß sie die Befestigung des Zustandes einseitiger Entwaffnung bringen muß, der voller aktiver Gefahren und unvereinbar mit der Würde und Ehre des Deutschen Reiches ist. Auch dieses Ziel kann mit der allgemeinen Idee und mit den Rechtsgrundsätzen des Völkerbundes in Einklang gebracht werden, mit denen ein Zustand minderen Rechts eines Mitgliedsstaates unvereinbar ist. Der vorliegende Entwurf einer Konvention für die Abrüstungskonferenz ist jedoch darum eine durchaus ungeeignete Grundlage für die Verhandlung, weil er in Artikel 53 die Abmachungen früherer Verträge nicht berühren will, auf Grund derer gewisse hohe Vertragschließende Teile eine Beschränkung ihrer Rüstungen zu Lande, zur See und in der Luft auf sich genommen haben. Weiter heißt es sogar, daß das Anstreben dieser Bestimmungen eine wesentliche Voraussetzung für den zu schließenden Abrüstungsvertrag sein soll.

Im Verlaufe der Diktat sollten die Abrüstungsbestimmungen für Deutschland die Einleitung der allgemeinen Abrüstungsbeschränkung ermöglichen. Die alliierten und assoziierten Mächte erkannten in ihrer Antwort vom 16. Juni 1919 ausdrücklich diese allgemeine Verpflichtung an, gaben jedoch gleichzeitig den Abrüstungsbedingungen für Deutschland den Zweck und Sinn. Deutschland die Wiederaufnahme seiner kriegerischen Angriffspolitik unmöglich zu machen. Hiermit haben sie die Verbindung mit der Kriegs-schuldfrage, der Basis des ganzen Verlaufs der Diktas, selbst hergestellt, und dieser Standpunkt wird bis heute aufrechterhalten, wie namentlich in der französischen Defensivität zahlreiche Äußerungen erkennen lassen, wie es ja vornehmlich der französische Standpunkt ist, der sich in den bisherigen Abrüstungsverhandlungen der Vorbereitung der Abrüstungskommission immer wieder in Bezug auf die Verbindung einer wirksamen Abrüstung durchgesetzt hat. In waffener Deutlichkeit sprach es der kürzlich verstorbene französische Kriegsminister Maginot am 24. Februar 1931 aus: „Alle Völker auf dem Fuße der Gleichberechtigung behandeln? Nein. Wenn man die Kriegsgefahren mindern, wenn man eine internationale Gerechtigkeit in der Welt herrschen lassen will, ist es notwendig und gerecht, sowie eine Sicherung für die anderen Völker, daß die Länder, die die Angreifer gewesen sind, strengere Abrüstungsbeschränkungen auf sich nehmen müssen, als die Nationen, die keinen Angriff begangen haben.“

Wird es „Angreifer“ gewesen...! In diesem Sinne äußerten sich der „Temps“, Oberst Fa bry und eine ganze Reihe anderer französischer Stellen so mit deutlichen Anspielungen auf die Ansoziation, die Frankreich angeblich erlitten haben soll, der französische Staatspräsident Doumergue am 9. April v. J., der französische Ministerpräsident Daladier am 22. Oktober und die französische Denkschrift über die Abrüstung vom 15. Juli 1931.

Ebenso wie Deutschland der Angreifer von 1914 gewesen sein soll, wird die französische Sicherheitsheile mit der Möglichkeit künftiger Angriffe Deutschlands begründet, wobei dann der Begriff des Potentials der guerre eine große Rolle spielt. In diesen Begriff werden schon die größere Volkszahl und die industriellen Möglichkeiten einbezogen, während andere, wie Oberst Fa bry, noch kühner behaupten, daß selbst nach den Friedensverträgen die deutsche Militärmacht ihren offensiven Charakter nicht verloren haben, während die ganze gewaltige Rüstung Frankreichs als ausschließlich defensiv und gerade noch als den Mindestanforderungen der französischen Sicherheit entsprechend hinreichend wird. Die französische Sicherheitsheile, die Propaganda, die getrieben wird, um die französische Rüstung als ausschließlich defensiv hinzustellen, hat somit zur Grundlage die ständig gedehnte Vorstellung des deutschen Angriffs von 1914, der früher liegenden „Ansoziation“ von 1815 und 1870, aus der die Vorstellung der ständigen Möglichkeit neuer deutscher Angriffe für die Zukunft hergeleitet wird, weiter unterstützt durch ständig geäußerte Verdächtigungen über die angebliche deutsche Geheimrüstung.

Demgegenüber muß deutscherseits gerade auch hinsichtlich der bevorstehenden Abrüstungskonferenz außer den schon genannten Forderungen auf Gleichberechtigung und gleiche Sicherheit der Kampf gegen die Kriegsschuldfrage zur Unterstreichung der deutschen Thesen herangezogen werden. Daß Deutschland nicht der Angreifer von 1914 war, sondern vielmehr in einer durchaus und letzten eingeordneten Verteidigungsstellung sich befand, ist hinlänglich durch die gesamte Formulierung erwiesen. Die Revision der Verträge, die in seiner Umgebung vom 10. Januar 1932 ausgeprochen hat, ihre gezielte Wirkung zwölf Jahre lang ausübte, ist notwendiger wie je und die endliche Befreiung der Ab-

Ratstagung eröffnet.

Polen sabotiert die Agrarbeschwerde. — Deutschland widersteht sich der Vertagung. — China beantragt Behandlung des Mandchureikonflikts.

Genf, 26. Januar.

Unter dem Vorsitz des französischen Delegierten Paul-Boncour begann in Genf der neue Tagungsabschnitt des Völkerbundesrates, in dem Deutschland durch den Gefandten von Weizsäcker vertreten wird. Gleich die erste Sitzung, die wie üblich geheim war, nahm einen lebhaften Verlauf. Der chinesische Delegierte Yen verwies auf die Ereignisse in Schanghai und beantragte angesichts der bedrohlichen Lage die unverzügliche Wiederaufnahme des Verfahrens vor dem Rat. Der Rat beschloß — entgegen den bereits getroffenen Anordnungen — noch am Eröffnungstage eine Sonder-sitzung zur Behandlung des japanisch-chinesischen Konflikts einzuberufen.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung beantragte der polnische Außenminister Jozefski die Vertagung der Agrarbeschwerde der deutschen Minderheit bis zur Ratstagung im Mai.

Der deutsche Vertreter von Weizsäcker widerlegte sich mit allem Nachdruck. Es wurde beschlossen, daß der Berichterstatter für die Minderheitenfrage, der japanische Botschafter Sato, mit den beiden beteiligten Abordnungen persönlich Fühlung über die Beschwerde aufnehmen solle.

Die öffentliche Sitzung des Rates, an der die Außenminister Spaniens, Polens und Südbanians teilnahmen, begann mit einer Kundgebung für Briand. Sämtliche vierzehn Staatsmächte brachten ihr Bedauern über sein Fernbleiben zum Ausdruck. Im Namen der französischen Regierung erklärte Paul-Boncour, Briand bleibe nach wie vor ständiger Delegierter Frankreichs im Völkerbund.

Der Rat beschloß sodann, der Abrüstungskonferenz eine Zusammenstellung des gegenwärtigen Standes der zivilen Luftfahrt der einzelnen Länder sowie der bestehenden internationalen Abkommen über die zivile Luftfahrt zu übermitteln. Der vor längerer Zeit eingeleitete Aus-

tausch und Abfrage aus den zwingendsten Gesichtspunkten erforderlich. Der Kampf gegen die falsche Verleumdung der Kriegsschuldfrage ist und bleibt das notwendige Mittel zum Kampf für die deutsche Gleichberechtigung auch in der Abrüstungsfrage.

Groener an Frankreich.

Ständige Verminderung der Heeresausgaben. — Das teure Berufsheer. — Pazifisten als Brunnengewässer.

Berlin, 23. Januar.

Reichswehrminister Groener, der dieser Tage in einer Unterredung mit einem italienischen Journalisten Deutschlands Politik auf der Abrüstungskonferenz in ihren Grundzügen dargelegt hat, hat nunmehr auch einem französischen Berichterstatter, nämlich dem Vertreter der „Politique“, eine Unterredung über die Abrüstungsfrage gewährt.

Auch diesmal wieder stellte Minister Groener Deutschlands Forderung auf gleiche nationale Sicherheit in den Vordergrund. Die Entwaffnungsbestimmungen des Verlailler Vertrags seien seitens der deutschen Regierung, mit dem Erfolg, daß Deutschland den 10 Millionen Mann, die seine Nachbarn sofort mobilisieren können, nur 100 000 Mann Reichswehr und 15 000 Matrosen entgegenzustellen habe.

Bei der französischen Rüstungsmärschen und die Angaben des Senators Escard über die Heeresausgaben betrafte, sei zunächst von Wichtigkeit, daß auch die französische Abrüstungsdenkschrift ausdrücklich einen Vergleich der verschiedenen Heeresstände als unmöglich betrachte. Frankreich habe die allgemeine Dienstpflicht, Deutschland das teure System des Berufsheeres.

Was das bedeute, zeige eine Berechnung, nach der die Kosten für 5100 Rekruten des englischen Berufsheeres genau so hoch sind, wie die für 214 000 Soldaten des französischen Volksheeres. Das gleiche gelte für Deutschland. Da in Deutschland nur einige Privatfirmen ausschließlich für die Reichswehr Kriegsmaterial herstellen dürfen, und ein Handel mit Kriegsmaterial verboten sei, sei es verständlich, daß Deutschland für jedes Stück Heeresmaterial sehr viel mehr bezahle, als Frankreich mit seiner mächtigen Kriegsinindustrie. Trotzdem sei der deutsche Heereshaushalt seit 1923 ständig herabgesetzt worden, während der französische sich seitdem dauernd erhöht hat.

Unter diesen Umständen könne wohl kaum ein vernünftiger Mensch noch von „Geheimrüstungen“ sprechen. Zu den Ausführungen des Generals Bourgeois unterstreicht Groener, daß es in Frankreich heute mehr Offiziere und Unteroffiziere gebe, als die Reichswehr insgesamt überhaupt Mannschaften und Offiziere habe.

für die Angleichung des Völkerbundespaties an den Kellogg-Pakt soll während der Dauer der Abrüstungskonferenz erneuert werden. Der Zeitpunkt des Zulassens wird vom Präsidenten der Abrüstungskonferenz und dem Präsidenten des Völkerbundesrates bestimmt. Bisher hat der Ausschuss erfolglos gearbeitet.

Rücktrittsgeheuch Drummonds.

Nach Schluß der öffentlichen Sitzung legte der Rat nochmals hinter verschlossenen Türen. Wie mitgeteilt wird, stand in dieser Sitzung das Rücktrittsgeheuch des Generalsekretärs Sir Eric Drummond zur Beratung. Sir Eric Drummond will Ende des Jahres Genf verlassen.

Die Wahl des neuen Generalsekretärs erfolgt schlußgemäß auf Grund einstimmigen Beschlusses des Völkerbundesrates und Mehrheitsbeschlusses der Völkerbundesversammlung.

Anschließend der Ratstagung ist auch eine Saarabordnung, die von Kommerzienrat Köchling geführt wird, in Genf eingetroffen. Die Abordnung will mit dem Rat in der Frage der Ernennung eines neuen Saarpräsidenten Fühlung nehmen. Wie man hört, soll ein Engländer zum Präsidenten der Saarregierung ernannt werden.

Doch noch Tributkonferenz?

Paris, 26. Januar.

Wie aus französischer Quelle verlautet, rechnet man jetzt auch in französischen Regierungskreisen damit, daß die Reparationskonferenz in irgendeiner Form doch noch im Februar stattfinden wird. Die Konferenz könnte ja, so erklärt man in Paris, statt in Lausanne im Anschluß an die Aussprache der Ministerpräsidenten auf der Abrüstungskonferenz in Genf stattfinden. Das würde etwa Mitte Februar sein.

Die deutsche Jugend werde im deutschen Geiste und in dem der Völkerverständigung erogen. Geeignet, diese Erziehung zu verhindern, seien die Methoden, mit denen man in den letzten Jahren Deutschland daran gehindert habe, sich die freie und unabhängige Existenz zu sichern.

In Deutschland gebe es keinerlei militärische Jugendverbände, während man in anderen Ländern in großen Organisationen im Einvernehmen mit dem Kriegsministerium die Jugend auf den Militärdienst vorbereite. Der Stahlhelm und die SA hätten keine militärischen Verbände und verfügten über keinerlei Waffen.

Deutzettell für die Pazifisten.

Schließlich kam Minister Groener auch auf die Veröffentlichung der sogenannten Pazifisten zu sprechen. Minister Groener bemerkte dabei, in seiner Eigenschaft als Innenminister habe er die Pflicht, die Elemente zu bekämpfen, die die Atmosphäre zwischen Deutschland und dem Ausland vergiften, indem sie „Entwaffnungen“ über angebliche Vertragsverletzungen machten.

„Bisher“, so unterstreicht Groener, „hat sich noch nie ein französischer Pazifist bei mir eingefunden, um mir Entwaffnungen über die französischen Rüstungen zu unterbreiten. Dagegen sind es die angeblich deutschen Pazifisten, die die englischen Beisetzungen zum französischen Generalstab und den nationalsozialistischen Verbänden auf der anderen Rheinseite unterhalten.“

Zum Schluß behandelte Minister Groener noch die nationalsozialistische Bewegung. Ob die NSDAP jemals allein die Führung werde übernehmen können, sei heute noch zweifelhaft. Wenn es aber ein Mittel gebe, diese Bewegung zu fördern, dann liege es darin, Deutschland als zweitklassige Nation zu behandeln.

Neue litauische Schifane.

Einem schwerkranken Abgeordneten die Reise in ein deutsches Sanatorium verweigert.

Der litauische Gouverneur des Memelgebiets, Mertys, der erst kürzlich dem Vizepräsidenten des Memelländischen Landtages, Schulat Meyer, und dem Landesdirektor a. D. Borbeck die Ausreisegenehmigung zur Teilnahme an der Tagung des Völkerbundesrates nach Genf verweigerte, hat jetzt dem schwer herkranken Abgeordneten Rittergutsbesitzer Gubba die Ausreisegenehmigung zum Kuraufenthalt in Bad Tölz verweigert. Die Verweigerung der Ausreisegenehmigung erfolgte, obwohl Gubba zwei ärztliche Gutachten vorlegte und nachweisen konnte, daß eine größere Anzahl führender litauischer Politiker in ärztlicher Behandlung in Deutschland stehen.

Miete muß gezahlt werden.

Nach dem Fehlen einer endgültigen Benachrichtigung über die neue Miete.

Amlich wird mitgeteilt:
Bekanntlich sollten nach den Bestimmungen über die Mietenentlastung die Vermieter bis zum 25. Januar ihren Mietern eine endgültige Mitteilung über die neue Miete machen. Nun wird in einer Reihe von Fällen die endgültige Mitteilung bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht möglich sein. Das gilt vor allem für Neubauten, wo das Ausmaß der Zinsentlastung, von der wiederum die Mieterminderung abhängt, noch nicht überall voll zu überlegen ist. Die Regierung hat trotzdem die genannte Frist nicht verlängert, um zu vermeiden, daß die endgültige Miete nicht verlängert, unbedingt erforderlich hinausgeschoben wird.
Zwar ist der Mieter nach den Durchführungsbestimmungen zur Mietenentlastung vor Rechtsnachteilen geschützt, wenn er Miete nicht oder nicht rechtzeitig zahlt. Dieser Schutz vor Rechtsfolgen bedeutet aber keineswegs, daß der Mieter von der Verpflichtung zur Mietzahlung in diesen Fällen überhaupt befreit ist. Auch dann, wenn eine endgültige Mitteilung über den neuen Mietzins noch nicht geschieden ist, hat der Mieter mindestens den Betrag zu zahlen, der sich vorläufig als endgültig als endgültig Miete ergeben wird. Hal der Mieter von dem Vermieter eine vorläufige Berechnung erhalten, so wird es sich im allgemeinen empfehlen, zunächst nach dieser Berechnung zu zahlen.

Brüning an Hitler.

Nicht das System, sondern Versailles hat Schuld an der deutschen Not.

Berlin, 25. Januar.
Dem Führer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, ist nunmehr die Antwort des Reichspräsidenten Dr. Brüning auf die Denkschrift zur Präsidentenfrage zugegangen. Der Brief umschließt 6% Scheinbaldschreiben und behandelt zunächst eingehend die verfassungsrechtlichen und politischen Umstände des Reichspräsidenten auf parlamentarischen Wege geführt hat.

Reichspräsident Brüning bemerkt dabei, es habe sich nicht um die Aufhebung der Verfassungsbestimmungen über die Präsidentenwahl gehandelt, sondern lediglich darum, die Identität aus Gründen des Gesamtinteresses des Volkes auf eine gewisse Zeit zu verlängern. Eine Veränderung der Verfassung im Wege der Gesetzgebung sei zulässig. Weiter betont der Kanzler, seine Anregung sei zulässig. Weiterfrage sei ausschließlich von nationalen, überparteilichen Gesichtspunkten diktiert gewesen. Er müsse es ablehnen, mit Hitler in eine Erörterung über Schlagwortbegriffe einzutreten. Er müsse es ferner auffällig finden, daß die Hauptursachen der deutschen Not auf parteipolitische Verhältnisse zurückgeführt worden sei.

Nach fast allgemeiner Auffassung — heißt es dann wörtlich — ist ein außerpolitischer Tatbestand: Der Verfall der Vertrag mit seiner politischen und wirtschaftlich-finanziellen Ungleichheit und Unvollständigkeit, der entscheidende Grund unserer deutschen Not und zum großen Teil der Weltnot.

Die Bestimmungen und die Handhabung dieses Vertrages in den ersten fünf Jahren seiner Geltung haben alle deutschen Wiederaufbauversuche immer wieder zerstört, die deutsche Welt bedroht. Wenn das Reich aereitet wurde, so ist das nur geschehen durch das Zusammengehen aller Volksgenossen ohne Unterschied der Parteien.

An diesem Gesichtspunkt gehe Hitler vorbei. Wenn er im übrigen keine, Brünnings, Anregung in der Präsidentenwahlfrage als ein Produkt der Angst des Systems vor der politischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus bezeichne, so könne er den Kanzler und seine Mitarbeiter nicht treffen. Durch das Vertrauen des Reichspräsidenten.



(10. Fortsetzung.)

„Wenn Sie hier aber die Tausender für Ihre Feste verlan-“
„Ich... geb Sie nicht,“ sagte Bolle fest. Dann aber wurde er etwas kleinlaut. „Minna ist ja sehr energisch.“
Karl sprach ihm Mut zu. „Sie sind letzten Endes der Mann, Herr Bolle.“
Bolle schlug auf den Tisch. „Es richtig! Es muß sein.“
Frau Schrippe brachte den Wein und schenkte den beiden Männern ein. Auf ihre Bitten holte sie sich ein drittes Glas und tat ihnen Befehle.
An angenehmer Unterhaltung, die sie einander noch näher brachte, blieben sie zusammen bis kurz vor Mitternacht. Dann erhob sich Bolle und nahm herzlichen Abschied.
„Also, Dören steif halten!“ sagte Karl zum Abschied.
„Wird gemacht, Herr Große!“ sagte Bolle mutig.

8.

Am nächsten Morgen erhielt Bolle die Bankabrechnung. Als er sie überlas, stieg er bei einem Posten von 10 000 Mark. Er blickte genau hin. Es war ein Schied, der abgehoben worden war.

Da er nichts wußte, wenn die Zahlung galt, klingelte er die Bank an und erfuhr, daß der Schied die Unterchrift Manfreds getragen und von ihm selber einliefert worden war.

Bolle schaute vor Mut. Zehntausend Mark hob der Junge für sich selber von der Bank ab, ohne ihm ein Wort zu sagen. Das war zu arg. Er ließ Manfred rufen.

Die Verlegenheit stand dem jungen Manne mit übermäßigen Jagen auf dem Antlitz.
„Morgen, Papa!“
„Morgen! Du hast dir zehntausend Mark von der Bank geholt?“

„Stimm! Vor acht Tagen schon.“
„So! Zu was brauchst du das Geld?“

denen auf den Vollen gestellt, tennen sie alle nur ein Ziel: Rettung des Vaterlandes aus seiner großen Not. Der Kaiser schloß dann mit folgenden Worten:
„Wir lehnen daher auch das Urteil des deutschen Volkes über unsere Wohnstätten nicht. Wenn Sie die von Ihnen gewünschte Beseitigung des herrschenden Systems als glauben, so muß ich Ihnen die Verantwortung für diesen Angriff auf eine Regierung, die alle Kraft an der Beseitigung der Lage des deutschen Volkes in den kommenden Verhandlungen zu legen entschlossen ist überlassen. Es muß Ihnen bekannt sein, wie die ganze Arbeit dieser Regierung von dem Prinzip der Unparteilichkeit beherrscht wird. Obgleich aber werden Sie nicht leugnen wollen, daß der außenpolitische Erfolg zum Teil durch die Gerechtigkeit bedingt ist, die die Nation hinter ihren Unterhändlern steht. Ich kann nur bedauern, daß Sie selbst in dieser kritischen Lage nicht die Folgerung aus dieser Wahrheit ziehen, die sich von selbst ergibt. Wenn Sie zum Schluss meine Fühlungnahme mit Ihnen als dem Führer einer, wie Sie sagen, jahrelang verarmten Partei von dem Gesichtspunkt der Moral aus betrachten, so kann ich Ihnen nur erwidern, daß es nicht das erste Mal war, daß ich mit Ihnen politische Probleme besprach und daß es andererseits für mich von selbst verstand, daß ich mich in einer ganzen Nation tief bewegenden Frage auch mit dem Führer der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei unmittelbar in Verbindung setzte.“

Revolution in Salvador.

Großartige Ausschreitungen. — Die Regierungstruppen Herr der Lage.

Neuport, 26. Januar.
In El Salvador ist eine neue Revolution ausgebrochen. Zahlreiche Regierungsoffiziere wurden ermordet und ihre Köpfe auf Pfläbe aufgespießt. Die Truppen sind der Regierung treu geblieben und haben sich in der Hauptstadt San Salvador verschanzt. Doch sind alle Fremden geflohen. Über das ganze Land ist Kriegszustand und Zensur verhängt. Zahlreiche Kommunisten wurden hingerichtet. Wie von Regierungsseite in Salvador verlautet, ist der Zustand bereits im wesentlichen unterdrückt. Die Bänder, die in zwei größeren Städten die Kolonnen und militärischen Magazine angegriffen und eine Anzahl von kleineren Städten geplündert haben, befinden sich auf der Flucht. Die Amerikaner haben zwei Zerstörer und das Hilfschiff „Rochester“ mit 1500 Seesoldaten nach Salvador entsandt. Die Länder der kleinen Kreuzer „Dragon“, die wichtigsten Hafen des Landes, eingetroffen.

Die Revolte im Dartmoor Gefängnis.

Die Haftergreife war nicht geordnet. — 200 000 Mark Sachschaden.

London, 26. Januar.
Das britische Innenministerium veröffentlicht einen Bericht über eine Revolte im Dartmoor-Gefängnis. Danach doch werden die Zwischenfälle ohne weiteres als sehr ernst eingestuft. Mehrere, bei der Bekämpfung der Revolte verlegte Gefangene schweben in Lebensgefahr.
An der Presse hat die Revolte ungeheures Aufsehen erregt. „Times“ meint, man sollte glauben, daß sich die Vorfälle in einem anderen Zeitalter oder mindestens in einem anderen Lande als England ereignet hätten.
Die ersten Anzeichen der Unruhen zeigten sich schon in den früheren Morgenstunden des Sonntag, als die Gefangenen ein fürchterliches Geheul anstimmten, das sich von Zelle zu Zelle fortpflanzte. Beim Frühstück trommelten sie mit Löffeln und Gabeln auf die Tische und befestigten sie darüber, daß die Haftergreife nicht geordnet sei. Einige warfen den Wärtern ihre Portionen ins Gesicht. Auf dem Wege zur Kirche kam die Meuterei zum offenen Ausbruch. Die Gefan-

„Gott, zu was brauchst du ein junger Mann wie ich, der kein Leben genießt? Zu allen möglichen Dingen etwas Spielzeugen nicht zu arg. Etwas. Wirtshaus und so kostet das Leben auch allerschlimm.“
„An Bolle dachte ich. Im liebsten hätte ich seinen Sprößling eine runtergehauen. Aber er nahm sich zusammen.“
„So! Das Leben kostet so allerschlimm. Ich hab dir immer freien Lauf gelassen. Aber jetzt wird es zu viel.“
„Wie soll ich deine Worte verstehen, Papa?“
„Fürcht dich einfach. Heute schreibe ich der Bank, daß deine Vollmacht aufgehoben ist. Weiterhin wirst du monatlich statt der tausend Mark Gehalt nur fünfhundert Mark erhalten.“

Manfred lächelte höhnisch.
„Unfinn! Papa! So nimm doch Vernunft an. Hast gestern wieder 'n haufen Geld gewonnen?“
Bolle lachte hart auf. „So, und da denkst du, das ist für die Familie? Ne, ne, da irrst du dir man gewaltig. Ich lasse mein Geld nicht mehr durch die Familie durchbringen. Der Herr Große hat schon recht, daß ich 'n Adol bin der schuft und schuft und ihr bringt's durch. Das ist vorbei. Und wenn die Schulden machst, ich bezahle nicht, nicht und nochmal nicht. Das meißt dir, Fang mir ja nicht mit den Wechseln an. So das wollte ich dir nur sagen.“

Und damit legte sich Bolle wieder an seinen Schreibtisch. Manfred merkte so langsam, daß der Alte es bitter ernst meinte. Eine maßlose Wut gegen Große den er in allem für den Aufwiegler hielt kam ihm über. Aber er hielt sich zurück. „Papa, so nimm doch Vernunft an. Schließlich ist es doch meine Pflicht als Familienvater zu repräsentieren.“

„Ich weiß auf dein Repräsentieren. Arbeit täuschst, bist mit daß die Firma hoch kommt und zehntausend unseren Kunden als 'nen vernünftigen Mensch nicht als Modebeiste. Das ist richtig. Repräsentieren muß unsere Ware und sonst nicht. Un unsere Ehrlichkeit. Verstehst du?“

„Aber Papa du mußt dir doch überlegen, daß ich mit fünfhundert Mark im Monat nicht auskommen kann. Das ist doch unmöglich.“

Bolle sah ihn verächtlich an.
„Du lebst dir was schämen! Du junger Mensch dem Wohnung und Essen nicht kost du willst mit fünfhundert Mark nicht auskommen? Da auf mal in den Betrieb da ist der Große Schleier, der hat sechs Kinder und verdient im Monat knapp dreihundert Mark. Und wie kommt der aus? Geh! Immer obert und keine Kinder genau! Der ist auch in ein paar Jahren und muß manchmal auch 'nen Taler springen lassen. Und du willst mit fünf-

genen stimmen die Internationale an und werten sich auf die Wälder, die sie mit Nadeln, Eichen, Kiefern und Stöden angreifen. Ein Teil verbleibt neutral, andere stellen sich sogar auf die Seite der Rebellen. Nachdem die Meuterei die Zellen der Schwermetallgebrochen hatten, stürmten sie das Verwaltungsgebäude, warfen die Scheiben ein und schlugen sämtliche Einrichtungsgegenstände kurz und klein. Darauf zogen sie die Gebäude in Brand. Das Verwaltungsgebäude brannte vollkommen nieder.

Bei Bekanntwerden der Meuterei wurden in der Nähe von Cromhill 200 Soldaten sowie zwei Maschinengewehrabteilungen mobilisiert und marschierten zum Gefängnis. Das Gefängnis steht nun unter schärfster Bewachung, etwa 200 000 Mark geschätzt.

An der Revolte, der ersten in einer Reihe von 200 teilgenommen. Bei Anbruch der Polizeiverfahren hat sich ein Teil der Meuterei sofort gutwillig ergeben.

Truppenlandung in Schanghai.

Entsendung weiterer Verstärkungen. — Chinas Minister zurückgetreten.

Lotio, 26. Januar.
Die Zahl der vor Schanghai liegenden japanischen Kriegsschiffe hat sich auf elf erhöht. 1000 japanische Seesoldaten sind mit Feldgeschützen, Maschinengewehren und beträchtlichen Munitionsvorräten gelandet und internationale Niederlassungen einmarschiert. Das japanische Kabinett billigt die Maßnahmen und beschloß, Truppen nach der Mandchurei zu entsenden.

Auf chinesischer Seite ist eine neue Lage dadurch entstanden, daß der Außenminister Eugen Tschang, der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Japan forderte, und der Ministerpräsident Sunfo ihren Rücktritt erklärten.

Japan besteht auf seinem Ultimatum.

Der Bürgermeister des chinesischen Viertels von Schanghai, Admiral Schirolawa, empfangen. Der Bürgermeister drückte dem Admiral die Hoffnung aus, daß es ihm gelingen werde, die von Japan geforderte Auflösung des japanisch-chinesischen Verbundes durchzuführen. Admiral Schirolawa teilte dem Bürgermeister mit, daß Japan unbeeindruckt darauf bestehe, seine Forderungen in n e r h a 1 6 4 8 S t u n d e n erfüllt zu sehen. Eine weitere Befristung des japanischen Ultimatums komme nicht in Frage.

Amerika gegen Truppenlandung.

Washington, 26. Januar.
Die amerikanische Regierung wendet sich in scharfster Weise gegen die japanischen Militärmassnahmen in der internationalen Anziehung Schanghai. In hohen Regierungskreisen verlautet, daß die Washingtoner Regierung der japanischen Truppenlandungen in Schanghai als „verleumdung“ ansehen würde. Solche japanischen Massnahmen würden nur gerechtfertigt, wenn japanisches Leben und Eigentum in Schanghai gefährdet sein würde, das trifft jedoch nicht zu.

Konferenz der Kultusminister.

Berlin, 26. Januar.
Nachdem vor einiger Zeit bereits Besprechungen des Innenministers der deutschen Länder im Reichsministerium für den kommenden Donnerstag, vormittags 11 Uhr, eine Konferenz der Kultusminister der Länder stattfinden, zu der Präsidenten Einladungen bereits im Laufe der vorigen Woche hinausgegangen sind. Das Hauptthema wird die Entpolitisierung der Schule sein. Das Bestreben geht weiter dahin, alle mit zusammenhängenden Fragen einer weiteren Klärung zuzuführen.

hundert Mark nicht auskommen? Junge, es wird Zeit, daß du den Taler wieder achten lernst. Vom Pennig will ich gar nicht reden. Also Schlupf! Was ich verlangt habe bleibt! Manfred verließ zähneknirschend das Privatkontor des Vaters.

Er wollte warten, bis eine günstigere Gelegenheit kam. Im besten war es, sich hinter Mutter zu stecken. Aber Karl Große hatte er von nun an doppelt grimmig.

Als er in seinem Privatkontor war, kam Steinide und begrüßte ihn in vertraulicher Weise.

„Habe gehört, Ihr Vater hat gestern in Brunenwald einen großen Schlag gemacht?“

„Stimmt, Herr Steinide. Der Alte hat über sechshundert tausend Mark gewonnen.“

„Donnerwetter, da muß ich Ihrem Herrn Vater gratulieren.“

„Tun Sie es lieber nicht. Er ist nicht bei Laune. Hat der Bankfabrikung getrieben und gelehrt, daß ich mit zehn Wille geholt habe.“

„Au! Badel! Und da war es unangenehm?“

„Nicht zu knapp! Mir will er die Vollmacht nehmen, und dann hat er mein Gehalt auf fünfhundert Mark herabgesetzt. Ist das nicht empörend? Da steht wieder der verdammte Große dahinter, der ihn aufgehetzt hat. Erwürgen könnt ich ihn.“

Steinide schüttelte den Kopf.
„Das ist allerdings arg. Wie sollen Sie mit den paar Mark auskommen. Ich wollte Ihnen Herrn Vater und Gehaltsverhöhung bitten und dachte, daß heute die Gelegenheit günstig ist, aber nun will ich doch lieber warten.“

„Ich schon besser. Heute legt er es Ihnen höchstens herunter.“

„Haben Sie eine Ahnung, was Ihr Herr Vater gerade Großes zahlt?“

„Keine Ahnung. Aber ich muß es erfahren. Und der Burche muß aus dem Betrieb, koste es, was es wolle!“

Nach einer halben Stunde wurde Bolle durch den Besuch seiner Tochter Eveline überrascht. Eveline war eine Frau von sechszwanzig Jahren, die aber durch ihre Schlantheit — außerdem war sie sehr gut zurechtgemacht — länger wirkte. Sie hatte etwas ausgesprochen Monänes in ihrer Erscheinung. Bolle ahnte schon, was sie betrieb. (Fortsetzung folgt.)

Spangenberg 1. — Fortschule 1. 4:1 (3:1)
Bei dem zweiten Spiel obiger Mannschaften hatte der Turnverein „Großer Mui“ seine stärkste Mannschaft zur Verfügung, sobald das Ergebnis nicht aufzufehr über- rascht. Besonders in der ersten Halbzeit hatte die Fortschule einen schweren Stand, da sie gegen den Wirt- schaftsmann zu kämpfen hatte. Der Turnvereinsmann mußte. Die Turnvereinsmann konnte sich daher leicht durchsetzen. Schon nach kurzer Spielzeit bringt Freilauf die schwärzlichen Farben in Führung und bald darauf senkt auch er zum zweiten Mal ein. Ein Deflekt der Spangenberg hintermannschaft bringt der Fortschule. Er vor Halbzeit das Ergebnis ein. Spangenberg gleich

Vergungearbeiten eingestellt.

— Berlin, 25. Januar.
Nachdem der Verhandlungsmann mit Vertretern der zuständigen Behörde nochmals die Vergungssache und die angedachten Unzulänglichkeiten der Grube Krichen-Zentrum besprochen hat und alle Beteiligten zu der Überzeugung gekommen sind, daß die Vermittlung nicht mehr leben können und eine Fortleitung der Vergungssachen für das Leben der einziehenden Mannschaften äußerst gefährlich ist, sind die Vergungssachen eingestellt worden. Auch die Hinterkühlen der Vermittlung sind damit einverstanden.

Verteidigerstreik im Sklarek-Prozess.

— Berlin, 26. Januar.
Im Sklarek-Prozess begann die neue Woche mit einer Ueberholung. Als Prozeß gegen den den Sklarek vor Vorlesenden gemachten Vorwurf, sie hätten immer noch Geld für Autokraften, waren die Anwälte Dr. Julius Weiser 1 und Dr. Windar nicht zur Verhandlung erschienen. Einmal war lediglich der dritte Verteidiger. Die Sitzung verlief ruhig und erbrachte nichts von Bedeutung.

Wieder Steuervergütungsschläge.

1½ v. H. halbmöndlich ab 1. Februar.
Die durch die 4. Notenordnung vom 8. Dezember 1931 aufgehobenen Steuervergütungsschläge werden am 1. Februar wieder eingeführt. Der neue Vergütungsschlag beträgt halbmöndlich 1½ v. H. Der Zuschlag gilt für die wesentlichen Steuerarten, sowohl für die Steuern des Reiches als auch der Länder und Gemeinden, u. a. für die Einkommensteuer, Vermögenssteuer, Erbschaftsteuer, Körperschaftsteuer, Grund- und Gewerbesteuer usw. Die Bürgersteuer wird von den neuen Maßnahmen nicht erfaßt.

Die Wiedereinführung der Steuervergütungsschläge wird damit begründet, daß die Steuererträge in letzter Zeit erheblich zurückgegangen sind. Das Reichsfinanzministerium habe sich insbesondere von dem Gedanken leiten lassen, daß die Gemeinden unter allen Umständen die notwendigen Gelder für die Wohlfahrtsverwaltungen zur Verfügung haben müssen.

Aussprache in Paris.

Zweistündige Unterredung des englischen Botschafters mit Laval und Glavin.

— Paris, 26. Januar.
Am Montag fand im Außenministerium eine zweistündige Aussprache statt, an der der Ministerpräsident und Außenminister Laval, Finanzminister Glavin, der englische Botschafter Lord Inverell und der Erste Botschaftssekretär teilnahmen. Die Unterredung, die fast zwei Stunden dauerte, galt in erster Linie dem Verlaß, eine gemeinsame Haltung in der Debatte und Schuldenfrage vorzubereiten. Obwohl eine amtliche Verlautbarung nicht ausgegeben wurde, glaubt man in unterrichteten Kreisen zu wissen, daß

eine bedeutende Annäherung (7) in den wesentlichen Punkten erzielt worden sei. Der englische Botschafter hat seiner Regierung sofort Bericht erstattet. Es soll ferner die Möglichkeit erwogen worden sein, die Konferenz im Februar oder Juni abzuhalten.

Mit der angeblichen Annäherung, von der in der Pariser Meldung die Rede ist, scheint es nicht weit her zu sein. In diplomatischen Kreisen Londons werden die Pariser Verhandlungen durchaus pessimistisch beurteilt. Die Hoffnung, daß am Montag die Entscheidung über das Zusammenreffen Laval-Macdonald fallen würde, hat sich nicht erfüllt. Die pessimistische Stimmung ist das Ergebnis der ansehend negativen Unterredung zwischen Laval und dem englischen Botschafter in Paris. Seit der letzten Unterredung des deutschen Botschafters,

Freiherrn von Neurath, mit dem Unterstaatssekretär Banfillart am vergangenen Freitag ist die englische Regierung nicht wieder mit neuen Vorschlägen an die deutsche Botschaft herangetreten. Das Schwerkrieg der Verhandlung liegt jetzt vielmehr in der Aussprache mit Paris. Hierbei hat die englische Regierung erneut zum Ausdruck gebracht, daß sie die Tributkonferenz für unannehmbar hält, deren Ziel eine möglichst endgültige Regelung der Tributfrage sein müsse. Mit diesem Gedanken hat sich, soweit in London verlautet, Laval noch nicht einverstanden erklärt.

Industrieller tödlich verunglückt

— Duisburg, 26. Januar.

Dem Vater der seit Jahresfrist stillgelegten Hütte Ruhrort-Weiden, Dr. Esser, der auch dem Vorstand der Vereinigten Stahlwerke angehört, drangen während er eine in seinem Schreibbüro liegende Selbstschneidemaschine unterlief, zwei Äugen in die Brust. Ein Verlaß, Dr. Esser durch Blutübertragung am Leben zu erhalten, mißlang. Dr. Esser ist dann an Herzschwäche verstorben.

Direktor Dr. Esser hatte vor einem Jahre schon einmal bei einem Autounfall eine schwere Verletzung erlitten. Damals konnte man ihm nur durch eine sofortige Operation und die Einlegung einer silbernen Schädelsplatte das Leben erhalten.

Für und wider im Mandchurien-Konflikt

Scharfer Zusammenstoß in der Ratsitzung.

— Genf, 26. Januar.

In der gestrigen Nachmittagsitzung des Völkerbundesrates, in der der japanisch-chinesische Streitfall behandelt wurde, kam es zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen den Vertretern beider Länder. Der chinesische Botschafter Yen verlas eine scharfe Erklärung, in der u. a. festgestellt wird, daß japanische Truppen nach einem wohlbekannten und brutal ausgeführten Plan die gesamte Mandchurien besetzt hätten. Japan habe das dem Völkerbund zugehörige

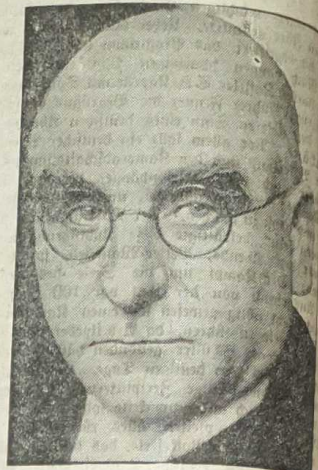
Verprechen, seine Truppen so schnell wie möglich abzuziehen, nicht gehalten. Der Völkerbund dürfe sich auf Vergleichsversuche beschränken.

Der japanische Botschafter Sato leugnete die gesamten Mandchurien durch japanische Truppen besetzt zu sein. Der Völkerbund dürfe sich auf Vergleichsversuche beschränken. Der japanische Botschafter Sato leugnete die gesamten Mandchurien durch japanische Truppen besetzt zu sein. Der Völkerbund dürfe sich auf Vergleichsversuche beschränken.

Das Stillhalteabkommen in Genf

Frankreich will die Berliner Abmachungen in Genf

— Paris, 26. Januar.
Der Aufsichtsrat der Bank von Frankreich hat am Donnerstag beschlossen, um endgültige Befreiung der 100-Millionen-Dollar-Kredit für die Reichsbank einige Blätter spielen mit der Drohung, daß die Bank von Frankreich ihren Kredit nicht verlängern wird, wenn das Stillhalteabkommen nicht hinfällig wird.



Dr. h. c. Otto Braun, seit 1920 preußischer Ministerpräsident, wird am 26. Januar 1932 60 Jahre alt.



Statt jeder besonderen Anzeige.

Heute gegen 1/7 Uhr starb unsere Mutter die

Witwe

Anna Martha Wismann,

geb. Blum

im 81. Lebensjahr

Lehrer Georg Wismann und Frau
Maria geb. Post

Elbersdorf, den 25. Januar 1932.

Die Beerdigung findet am Donnerstag um 8 Uhr statt.

Nach dem Wunsch der Verstorbenen Kranzspenden dankend verbat.



Gesangverein

„Viertel“

Mittwoch Abend 7/9 Uhr

1. Tenor

Donnerstag Abd. 7/9 Uhr

2. Tenor

Freitag Abend 7/9 Uhr

1. Bass

Sonntag Abd. 7/9 Uhr

2. Bass

Ort: Schule

Der Vorstand.

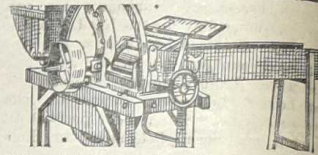
Chorverein

„Viertel“

Donnerstag abd. 7/9 Uhr

Gesangstunde

Der Vorstand.



Elektrisch betriebene Häcksel- u. sonstige Futterzerkleinerungsmaschinen, Me kanlagen, landwirtschaftliche Transportanlagen, Aufzüge, Kreisagen usw.

Wir beraten Sie fachmännisch und unverbindlich.
Elektrizitäts-Aktien-Gesellschaft Mitteldeutschland
BETRIEBSVERWALTUNG FELSBERG
Bez. Kassel Kai. Gensungen II 30

Schöne helle Linsen

gut kochend empfiehlt

Karl Bender.

Klipps Kaffee

H. Mohr.

Mittwoch früh

Frische Schellfische
grüne Heringe
Fischfilet

Karl Bender, Spangenberg.

Kaiser's Brustcaramellen
Hustenbonbons
Bienenhonig
Kunsthonig off. H. Mohr.

Sauerkraut

eingetroffen

Karl Bender.

Das Beschnitten lebendiger Fische

ist in der Zeit vom 1. März bis 31. Juli verboten.
empfehlen wir also, das Beschnitten alsbald vorzunehmen.

Spangenberg, den 23. 1. 1932.

Der Bürgermeister als Dreispitzigebehörde.

Donnerstag eintreffend empfehle ich:

1a. frische Büdinge
Kieler Sprotten.

Außerdem stets frisch:

Kollmops
Wismartheringe
Sardinen
auch in kleinen Dosen
Gelachs in Scheiben und Schnitzeln
Delfsardinen

Karl Bender.

Riesen Linsen

lange Bohnen

1a. gelbe und grüne Erbsen

H. Mohr.

Lesen Euer Heimatblatt!

Futterleinsaat

gereinigt u. gemahlen
offert billig

H. Mohr.

Mittwoch früh:



1a Schellfisch,
Fischfilet,
Bücklinge,
Sprotten

Schmandheringe
Holländer Heringe
Deutsche Vollfetterhinge
H. Mohr.

Suppen-Reis
Futter-Reis

billig

H. Mohr.